

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2015

65. Jahrgang, Nr. 757/58

Wer das erlebt hat, hat bereits eine Vorstellung von der Hölle

Ehemalige politische Häftlinge gründen eine Gemeinschaft „Zuchthaus Brandenburg“

Dieser Schritt war mehr als überfällig: Brandenburg, das Zuchthaus, die politischen Gefangenen, die während der Haft zwischen wegen Kriminalität verurteilten Mördern, Vergewaltigern, gewohnheitsmäßigen Einbrechern und Kleinkriminellen der unterschiedlichsten Art eingesessen haben, wurden nach dem Fall der Mauer kaum beachtet. Wenn es bei Nennung des Zuchthauses Brandenburg um politische Häftlinge ging, so wurde stets auf die NS-Zeit verwiesen. Todesurteile, die hier vollstreckt wurden, Kommunisten, die inhaftiert waren. Der prominenteste unter den Inhaftierten dürfte Erich Honecker gewesen sein, der hier während der NS-Zeit eingesperrt war, obwohl wir bis heute darauf warten, dass für diese Haft ein Urteil vorgelegt wird. Honecker hat es sich, nachdem er Staatsratsvorsitzender der DDR war, nicht nehmen lassen, zu bestimmten Jahrestagen die während der DDR-Zeit im Eingangsbereich des Zuchthauses eingerichtete Gedenkstätte für NS-Opfer zu besuchen. Er hat dabei nicht die geringste Scham empfunden, da zugleich in den engen Zellen und den von giftigen Abgasen geschwängerten Produktionshallen, wiederum politische Gefangene ihr Dasein fristeten. Gefangene, die wegen versuchter Republikflucht, wegen Ausreisearträgen, wegen ihres Bekenntnisses zu einer in der DDR verbotenen Religionsgemeinschaft oder vermeintlicher Staatsfeindlicher Hetze oft genug zu hohen

Haftstrafen verurteilt waren. Verurteilt durch die Gesetze, die unter Honeckers Führung beschlossen und durch das MfS in menschenverachtender Weise angewandt wurden.

Wer Brandenburg selbst erlebt hat, der weiß, dass es dort in jeder Beziehung schwer war, überhaupt am Leben zu bleiben, geschweige denn sich einigermaßen zu ernähren, ein paar Stunden durchgehend zu schlafen oder seinen Körper sauber zu halten. Es gab fast kein fließendes Wasser, es war eine erbärmliche Verpflegung und es fand in fast jeder Nacht irgendein Tumult in der Zelle statt. Durch das System der Selbstverwaltung hatten Langstrafer – zumeist zu lebenslänglich verurteilte Mörder – das Sagen. Faustrecht, Prostitution und Erpressungen waren an der Tagesordnung. Die medizinische Betreuung unterlag drastischen Bedingungen. Pakete und Besuchserlaubnis erhielt man nur nach einem Kniefall vor dem „Erziehungs“-Offizier. Wer dieses Zuchthaus erlebt hat, der hat eine ganz reale Vorstellung von der Hölle bekommen.

Lange hat man sich gefragt, warum nach dem Mauerfall nicht eine Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge der Ära des Sozialismus dieses Zuchthauses ins Leben gerufen wurde. Immerhin wurden hier fast stetig etwa einhundert Staatsfeinde gefangen gehalten – unter ihnen auch der später an der Grenze ermordete Michael Garten-

schläger, dessen Gedenken am Ersten Mai jedes Jahres durch die VOS Hamburg hochgehalten wird. Lag es daran, dass so viele, die diesen bösen Ort durchlaufen mussten, das Hafttrauma bis heute nicht überwunden haben? Oder fehlte es einfach an Organisatoren? Die Antwort ist insofern nicht so wichtig, weil sich nunmehr eine Interessengemeinschaft gebildet hat, in der sich politische Ex-Häftlinge – unter ihnen der Staatsanwalt Erardo Rautenberg – zusammengefunden haben. Das letzte Treffen fand Anfang November 2015 statt. Um die begonnene Initiative effektiv fortzusetzen, wäre es wichtig, dass weitere frühere politische Häftlinge davon erfahren und sich der entstehenden Gemeinschaft anschließen.

Literatur über das Zuchthaus Brandenburg ist bereits vorhanden. Leonore Ansorge hat sich diesbezüglich mit einem kompetenten Buch verdient gemacht, und Alexander Richter hat mit dem 570-Seiten-Werk „Zuchthaus Brandenburg“ in Romanform bemerkenswerte dramatische Erinnerungen niedergeschrieben. *B. Thonn*

Dies ist die letzte Ausgabe der Freiheitsglocke im Jahr 2015. Im nächsten Jahr geht es auf jeden Fall (!) weiter. Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und der Fg-Redakteur wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und in unserem Sinne erfolgreiches Jahr 2016.

Das Jahr 2015 geht zu Ende, es ist das 66. seit Gründung des Verbandes. Wie immer will ich versuchen, eine Bilanz der zurückliegenden Ereignisse zu ziehen und auf das neue Jahr vorauszuschauen. Grundsätzlich muss man konstatieren, dass wir es diesmal so schwer hatten wie lange nicht. Der Rücktritt des kurz zuvor erst gewählten Bundesvorsitzenden hat uns in Ratlosigkeit versetzt, noch immer suchen wir nach einem geeigneten Nachfolger für unseren Kameraden Rainer Wagner. Auch der Widerspruch gegen die uns auferlegte Zahlungsverpflichtung verharrt weiter in irgendwelchen Schubladen.

Ich möchte dennoch kein negatives Bild von der Lage des Verbandes entwerfen. Das abgelaufene Jahr hat auch gezeigt, dass wir bei gutem Management stabil gearbeitet haben. Sogar ohne einen Ersten Bundesvorsitzenden ist es bislang gegangen. Zur finanziellen Stabilität haben freilich nicht nur die Beiträge gesorgt. Es gibt ja immer noch Kameraden, die teils mehrfach gemahnt werden müssen, bevor sie sich zur Überweisung des alles in allem keineswegs hohen Betrages aufraffen. Das muss nicht sein. Andere hingegen haben großzügig gehandelt und den Verband mit einer dreistelligen Spende unterstützt. Dafür sei den Spendern herzlich gedankt, auch wenn sie meist nicht namentlich genannt werden wollen. Einen wesentlichen Beitrag für unsere ausgeglichene Bilanz leistet Kamerad Hugo Diederich, der zwar weiter als Bundesgeschäftsführer arbeitet, dies jedoch ehrenamtlich tut!

In der vorausgegangenen Fg-Ausgabe hatte der Bundesvorstand einige aktuelle Daten übermittelt, wozu auch der aktuelle Kontostand und die Altersstruktur gehörten. Während uns die finanzielle Bilanz zuversichtlich stimmen kann, sieht es mit dem Durchschnittsalter zwar nicht so besorgniserregend aus wie vermutet, dennoch sollten wir uns Gedanken machen, ob man nicht wieder mehr Kameradinnen und Kameraden für die VOS gewinnen könnte. Gefragt sind auch Mitglieder, die aktiv mitarbeiten. Zuletzt waren es die Älteren, die oft die

Bezirksgruppen geleitet haben. Irgendwann ist das für diese Kameraden nicht mehr zu bewältigen, und sie möchten den Staffelnstab an jüngere übergeben.

Ungeachtet dessen leisten verdiente Kameraden wie Ehrhard Göhl, Joachim Fiedler, Karl-Heinz Genath, Arno Selten, Christine Härtkorn oder Martin Hoffmann trotz ihres Alters dankenswerte Arbeit. Sie sind Vorbild für uns, und sie bleiben im Verband eigentlich unersetzlich. Dass wir dennoch gerade auf sie zählen können, zeigen ihre Hartnäckigkeit bei den Mahnschreiben an unsere Politiker, aber auch die Bereitschaft, sich bei Demonstrationen aktiv und selbstlos einzubringen.

Auf ein Wort zum Jahres- wechsel

Es wird sicher weiterhin so bleiben, dass wir in kleinen Schritten, von Jahr zu Jahr planen müssen. Vor allem müssen wir mit der Erkenntnis leben, dass wir das, was wir an finanziellen und sozialen Verbesserungen für uns schaffen wollen, nur aus eigener Kraft erreichen können. Die politischen Schwerpunkte haben sich weit von uns entfernt. Wir sind ein Stück Geschichte, man hat uns nicht vergessen, aber unsere Bedeutung liegt eher in der Vergangenheit. Und das betrifft nicht nur den geleisteten Widerstand und die erlittenen Haftschäden, sondern auch die Abgeltung unserer Ansprüche auf Wiedergutmachung. Seitens der Politik ist man der Meinung, genug für uns getan zu haben. Opferrente, Haftentschädigung und jährliches Sponsoring von Veranstaltungen und Veröffentlichungen für unsere Themen werden als ausreichend angesehen. Die Antworten auf die Briefe unserer Unermüdlichsten zeigen die Unlust der Verantwortlichen. Selbst Themen wie Zwangsarbeit oder soziale Bedürftigkeit bleiben unbeachtet.

Dass das so ist, hat freilich auch mit der politischen Lage dieser Tage bzw. dieses Jahres zu tun. Unser Land wird von Flüchtlingsmassen geradezu erstürmt, vor der Gefahr von Terroranschlägen ist

offenbar niemand sicher. Die Gesellschaft lebt in Angst vor Überfremdung und vor neuen Anschlägen. Seitens der Politik fehlt es an Maßnahmen und Strategien, sich den gewaltigen Aufgaben und Problemen wirksam zu stellen. Deutlich hat sich der Konflikt mit Russland zugespitzt. Die einstige Sowjetunion lässt die Muskeln spielen, um der Welt zu zeigen, dass das Gespenst des Kommunismus noch lange nicht in die Geschichtsbücher verbannt ist. Wo immer sich Stellvertreterkriege anzetteln lassen oder ein fremdes Territorium besetzt werden kann, ist Putin mit seiner Militärmaschinerie zur Stelle. Wir als Opfer der kommunistischen Diktatur können die Welt nur warnen, Putin ist ein Produkt des Sowjetimperialismus, er wird keine Ruhe geben und die Brandstätten dieser Welt solange befeuern, bis man ihn endgültig in seine Schranken gewiesen und ihn zurück in seinen Kreml verbannt hat. Jeder aus unseren Reihen, der zu Zeitzeugenveranstaltungen berufen ist, sollte in diesem Rahmen deutlich darauf hinweisen, dass jenes von Moskau aus gesteuerte gewaltige kommunistische Reich nie und nimmer zusammengebrochen wäre, hätte es nach der Ära eines Breschnew sogleich einen Nachfolger Wladimir Putin gegeben. Keineswegs hätte sich ein Putin von Helmut Kohl so einwickeln lassen wie seinerzeit Michail Gorbatschow. Und keineswegs auch hätte sich das politische System der DDR unter Putin aushöhlen und aufweichen lassen. Dass es dennoch so geschehen konnte, ist allerdings nicht nur der Schwäche Gorbatschows und der Stärke Helmut Kohls zu verdanken, sondern dazu haben auch wir ehemaligen politischen Häftlinge mit unserem Widerstand und unserer Opferbereitschaft beigetragen. Demnach sollten wir trotz der derzeit unklaren politischen Lage mit Selbstbewusstsein, Mut und Aufgeschlossenheit ins neue Jahr gehen. Das vor allem wünsche ich – neben Gesundheit und Optimismus – allen Leserinnen und Lesern für die nächste gemeinsame Etappe.

*Bis zum ersten Ausgabe in 2016
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Diese Gründung war lange fällig

Ehemalige politische Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg wollen sich Gehör verschaffen

Redaktionsthema:

Am Ende des Jahres 2015

Wo steht unsere Gemeinschaft, was sind unsere Ziele, welche Aussichten haben wir? 2

Kann unsere Demokratie mit rechten Parteien nur umgehen, indem man sie abdrängt?

Ein Kamerad der VOS versuchte aus reinem Informationsbedürfnis zu einer öffentlichen Veranstaltung der AfD als Zuhörer zu gelangen 4

Welche Rolle spielt Deutschland noch in der Europäischen Union?

Deutschland hat die vielen Flüchtlinge (gerufen) und wird allein nicht mit ihnen fertig 5

Unvorstellbar, dass das schon 70 Jahre her ist

Diese Erinnerungen können niemals verblassen 6

Ausland: Cold war museum

Werner Juretzkos Zeitzeugenarbeit in den USA 6

Nach Hörverlust war es schwierig, noch ein guter Arzt zu werden

Schüler in Memmingen arbeiten Schicksal eines politischen Häftlings aus Eisleben auf 7

Er befand sich oft genug am Limit und blieb seiner Linie immer treu

Ein Nachruf auf Helmut Schmidt 8

Wie Zivilisten ohne wesentliche Mühe zu Volkspolizisten der DDR gemacht wurden

1951 herrschten in Ost-Berlin ungeordnete und unübersichtliche Verhältnisse 9

Die Zeit änderte sich schnell, die Funktionäre verdrängten ihre Schuld

In Zeitz denkt man nur an die Opfer einer Diktatur. Nicht aber an Oskar Brüsewitz 10 - 11

Die Ergüsse von Heuristikern

Über die parfümierten Gedankenplatten 11

Ist das schon Cäsarenwahn?

Es ist erstaunlich, was sich Behörden gegenüber Bittstellern heutzutage herausnehmen 12 - 13

Das Biermann-Bekenntnis wurde sein Aus

Über einen zunächst geförderten, dann in Ungnade gefallenen DDR-Autor 13

Habe meine Entscheidungen getroffen

Immer noch geht es Peter Heubach um die Aberkennung von akademischen SED-Titeln 14

Zwei gelungene Veranstaltungen mit der KAS

Zeitzeugenprojekt NRW im Münsterland 15

Dieser Schritt ist wichtig

Eine Antwort für J. Fiedler (und die VOS) 16

Leserbriefe

4

Termine/ Veranstaltungen

13

Todesmeldungen, Nachruf

11, 15

Impressum / Aufruf

16

Spender für die VOS: Bitte nicht nachlassen!

Kurt Selch, Heinz Thiele, Winfried Czajka, Jürgen Sydow, Rosemarie Horn, Wilfried Rohleder, Christof Melzer, Helmut Lonitz, Ruth Pöhlend, Dr. Georg Steinhagen, Helmut Günther, Gottfried Glaser, Thomas Wieske, Waltraud Ewert, Fritz Schaarschmidt, Gerd Lewin, Steffen Hebestreit, Bernd Noll, Gerhard Bartels, Annelies Schnabel, Helmut Kirchoff, Hans Winkelmann, Othmar Ballmaier, Walter Lahn, Hans Stein, Gisela Wollscheid, Dr. Bernd Palm, Dr. Bernd Röhligh, Gisela Gärtig, Dr. Walter Mackenstein, Karl-Heinz Werner, Peter Winkler, Prof. Dr. Oswald Gürtler, Karl-Heinz Ulrich, Wolfgang Schuster, Hede Ehrlich.

**Allen hier aufgeführten
Kameradinnen und Kameraden
einen herzlichen Dank.**

Achtung, ein Hinweis zu dieser Fg

Noch immer sind nicht alle besonders umfangreiche Fg-Beiträge einiger Kameraden berücksichtigt worden. Diese erscheinen in der nächsten oder übernächsten Ausgabe. *Danke für das Verständnis.*

Zitat:

Ehemalige DDR-Alt-kader dürfen nicht über ehemalige DDR-Flüchtlinge, sowie andere Geschädigte der SED-Diktatur und nicht über originäre Bundesbürger entscheiden, die zur Zeit des Eisernen Vorhangs die DDR verlassen haben. Michael Schulz, VOS

Weihnachten 2015

Wer kann sich heute noch ein Weihnachten ohne Kerzen, ohne Weihnachtsbaum, ohne Musik, ohne die Gesellschaft freundlicher Menschen, ohne ein festliches Essen, ohne einen leckeren Punsch, ohne eine einzige Tasse Kaffee und ein Stück Stollen und ohne einen versöhnlichen Film oder einen anderen Beitrag im Fernsehen vorstellen? Ein Weihnachten mit zehn oder fünfzehn kriminellen Mitbewohnern, mit Gittern vor den Fenstern und mit dreistöckigen Metallbetten. Ein Weihnachten ohne Grüße und Gespräche mit der Familie, mit kahlen Wänden und einer einzigen von der Decke lose herabhängenden Glühbirne, die zudem um acht Uhr abends abgeschaltet wird? Ein Weihnachten in einer engen Zelle, mit der Ungewissheit einer langen Haftstrafe, mit dem Gebrüll von Wachtposten auf dem Flur, mit einem miserablen Essen, mit streitenden oder Karten spielenden Mitgefangenen. Ein Weihnachten ohne die Erlaubnis, wenigstens einmal an den Feiertagen zum Gottesdienst gehen zu dürfen.

Es ist dies nicht das Weihnachten, wie es in armseligen Kitschromanen beschrieben wird, sondern es ist DAS Weihnachten, das wir in der Haft – egal in welcher Anstalt – der DDR oder der SBZ oder den Lagern der Sowjets mitmachten. Erfreuen wir uns daher der Freiheit und der Ruhe, der vielen kleinen und größeren Freuden und Annehmlichkeiten, die die meisten von uns auch in diesem Jahr genießen. Und denken wir in den besinnlichen Augenblicken auch mal an die unglücklichen „Festtage“ zurück, die wir in der Haft erleiden mussten. Dann wird in diesen Tagen vieles leichter und doppelt schön. Das wünscht A.R.

Ist diese DDR wirklich untergegangen oder schon wiedergekehrt?

Ein (in der lokalen Presse) nicht veröffentlichter Leserbrief und die Frage der Meinungsfreiheit

Das Thema Gewalt und damit verbunden die Meinungsfreiheit ist in Deutschland mehr denn je auf dem Prüfstand. In der Talkrunde der ARD „Hart aber fair“ mit dem populären Journalisten Frank Plasberg machte der Sprecher der Polizeigewerkschaft darauf aufmerksam, dass in unserem Land, wenn von Gewalt geredet würde, immer nur die Gewalt von rechts gemeint sei. Er jedoch, als Vertreter der Polizei, erlebe immer wieder nicht minder heftige Auftritte von linken Tätern, die auch zahlenmäßig hinter den rechten Gewalttätern kaum zurückstünden.

VOS-Mitglied Gerd Franke versuchte nun seine kürzlich gemachten Erfahrungen bei einer Partei-Veranstaltung der AfD in einem Leserbrief bei seiner Tageszeitung zu veröffentlichen. – Ohne Erfolg. Um das allgemeine Verhalten der deutschen Medien zu verdeutlichen (und keineswegs aus Gründen von Parteienwerbung, da die Fg parteineutral bleibt) drucken wir den Beitrag nachstehend ab.

✉ An die Redaktion der Zeitung Allgemeine Zeitung Mainz:

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung hatte ich schon vorab keinen sachlichen, unparteiischen und ausgewogenen Bericht über die unrühmlichen Vorgänge im Zusammenhang mit der Wahlveranstaltung der Partei AfD zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz erwartet. Dennoch dürfte es auch den Verfassern des diesbezüglichen Artikels Ihrer Zeitung vom 16. November 2015 unmöglich entgangen sein, was sich am Samstagabend, dem 14. November 2015 auf und um den Mainzer Gutenbergplatz abspielte.

Schon mindestens eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung hatten die aus allen Landesteilen von Rheinland-Pfalz auf Geheiß der rot-grünen Landesregierung herbei gekarrten „Gegendemonstranten“ einen dichten, nahezu undurchdringlichen Blockadering um den Gutenbergplatz errichtet und jedem, der nicht wenigstens eine rote Trillerpfeife oder Handklapper vorzuweisen hatte, den Zutritt rüde und mit körperlicher Gewalt sowie mit übelsten Beleidigungen verwehrt. Das war für alle diejenigen, welche

aus politischem Interesse nach Mainz gekommen waren, um sich die Argumentation einer legitimen und zur Wahl 2016 zugelassenen Partei anzuhören, ein großes Ärgernis, denn es wurde ihnen das gesetzlich verbrieft Recht auf freie, unabhängige Informationen brutal vorenthalten. Die in den Nebenstraßen postierten Polizisten kamen der Bitte einer ganzen Reihe von Bürgern, einen freien Zugang zum Veranstaltungsort zu schaffen, nicht nach, wobei deutlich zu erkennen war, wie peinlich und unangenehm ihnen die offensichtlich von höherer Stelle auferlegte Passivität war. Dass man den sogenannten Gegendemonstranten solch ein Gewaltmonopol einräumte, ist leider inzwischen gängige Praxis in Deutschland und widerspricht ganz entschieden der Behauptung, Mainz sei eine weltoffene und tolerante Stadt. Durch das fürchterliche, gehirnlose Gebrüll, hundertfachen Lärm durch Trillerpfeifen, Handklappern und nicht zuletzt durch die gesetzeswidrige Beschallung per Lautsprecher durch Mitarbeiter des Mainzer Theaters war von den Ausführungen der AfD-Redner kaum etwas zu hören.

Nach der Veranstaltung konnten die etwa 350 AfD-Anhänger, welche es geschafft hatten, auf den Veranstaltungsort zu gelangen, weil sie sich schon einige Stunden vor Beginn eingefunden hatten, nur mit äußerstem Polizeieinsatz vor der Gewalt der Gegendemonstranten geschützt und zum Mainzer Hauptbahnhof gebracht werden.

Auf diese Aktion und solche „Mitsstreiter“ braucht die SPD-Ministerpräsidentin Dreyer mit allen Mitverantwortlichen absolut nicht stolz zu sein. Diese Landesregierung hat sich damit einen Bändendienst erwiesen, und man muss

erstaunt sein, wie weit diese Damen und Herren aus Angst vor dem Verlust ihrer Macht gehen. Auf diese Weise kann man keine politische Auseinandersetzung in Deutschland führen, ohne die Gesellschaft zu spalten und der Demokratie dauerhaft Schaden zuzufügen.

Wenn statt vernünftiger, ehrlicher und logischer Argumente nur Gewalt, Verleumdungen, Gehirnwä-



sche, Lügen und falsche Unterstellungen verwendet werden, bewegt sich dieser Staat in eine gefährliche Richtung der Eskalation, ähnlich wie einst in der Weimarer Republik. Dass ich als ehemaliger politischer Häftling der DDR-Diktatur erleben muss, wie von angetrunkenen Schreihälsen begeistert SED-Fahnen geschwenkt wurden, hat mich schmerzlich berührt.

Dies hat mir sehr zu denken gegeben und deutlich gemacht, wie links-reaktionär und manipuliert der überwiegende Teil der Gegendemonstranten einzuschätzen ist und wo sie politisch anzusiedeln sind. Es zeigt mir aber auch in erschreckender Weise die Parallelen zu den Verhältnissen während der SED-Diktatur in der untergegangenen DDR auf.

Die Frage stellt sich, ist diese DDR wirklich untergegangen oder kehrt sie durch die Hintertür der Geschichte in unsere Gesellschaft zurück? Dann könnten mir die nachfolgenden Generationen in Deutschland nur leid tun!

25. November 2015,

Gerd Franke, Saulheim

Die Foto-Collage hat den Titel „Lügennase SED“ und stammt von Andreas Kaiser (Bonn)

Deutschland zahlt und hat in der Flüchtlingsfrage trotzdem das Nachsehen *Sollte man das Finanzierungsmodell innerhalb der Europäischen Union angesichts mangelnder Pflichtenübernahme und Solidarität anderer EU-Staaten ab 2021 nicht gründlich neu gestalten?*

Das Jahr 2015 geht zu Ende, es war ein Jahr voller Unklarheiten, Unruhen und Ungewissheiten. Es hat sich mit eben diesen Attributen verabschiedet und wenig Aussicht auf eine baldige Abänderung in 2016. Seit dem Untergang des Kommunismus als Staatsform und der Wiedervereinigung unseres Landes hatten wir das in dieser drastischen Form nicht erlebt. So wie die Menschen früher Angst vor einem Atomkrieg oder einer militärischen Invasion der Sowjets und vor dem Kommunismus an sich hatten, fürchten nun viele, von einer unkontrolliert über den Balkan herannahenden Welle von Flüchtlingen überrollt oder Opfer eines Anschlags nach *Pariser Vorbild* zu werden. Allein im November 2015 erreichten etwa 150.000 Flüchtlinge die Grenzen der EU, ohne dass eine erkennbare Ordnung herrschte und zumindest eine durchgehende datengesicherte Erfassung stattfand.

Natürlich wissen wir in Deutschland, dass diese Menschen in Not sind, dass sie vor einem Krieg, vor Verfolgung oder vor wirtschaftlicher Armut geflohen sind und nun in Deutschland ihr Heil suchen. Und es wird niemand davon ausgehen, dass es sich sämtlich um Terroristen und potenzielle Attentäter, aber auch nicht ausschließlich um politisch Verfolgte handelt. Dennoch kann man nicht ausschließen, dass sich einzelne Gewalttäter unter ihnen befinden oder befunden haben. Die Anschläge von Paris im November haben gezeigt, dass ein paar Einzelne in der Lage sind, Massenmorde zu verüben und demokratische Länder in Angst und Unsicherheit zu versetzen. Wir haben nun erlebt, dass in Brüssel für mehrere Tage das öffentliche Leben fast völlig erloschen war und in Hannover zwei Stunden vor dem geplanten Beginn ein Fußballländerspiel abgesagt wurde. In Deutschland herrscht bei vielen Menschen Angst. Nachdem wir mehr als zwei Jahrzehnte einen lange nicht gekannten inneren Frieden hatten, sehen wir uns mit Herausforderungen konfrontiert, die wir in dieser Form noch nicht hatten. Besorgniserregend ist vor al-

lem das Verhalten der Politiker. Es wird nicht gehandelt, sondern auf billige, rechthaberische Weise gestritten, um persönliche und parteiliche Ziele zu behaupten. Erreicht wird zu wenig, nur die Zeit, in der längst gehandelt werden müsste, verstreicht ungenutzt. Gar nicht zu reden davon, wie sich die bislang angesehene Führungskräfte dieses Landes vor den Augen der Welt demontieren, wie sie im Angesicht von Rat- und Hilflosigkeit bei der Bevölkerung maßlose Enttäuschung und Verunsicherung hervorrufen.

Dass es eine Lösung für das Flüchtlingsproblem gibt, wurde indessen mit dem Hinweis auf Gesamt Europa oft genug angesprochen. Eine Verteilung der eintreffenden Massen auf alle EU-Länder würde sicherlich eine Entlastung für Deutschland und Österreich darstellen. Doch die Bundesregierung beklagt, dass die anderen Länder keine Bereitschaft zeigen, Flüchtlinge aufzunehmen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass Kanzlerin Merkel mit ihrer „Einladung“ für den Ansturm der Menschen verantwortlich sei. Dieses Argument geht zwar in Richtung Wahrheit. Dennoch muss man die Frage stellen, ob das wirklich so hinzunehmen ist. Die EU sollte trotz aller Unstimmigkeiten eine Solidargemeinschaft sein. Gerade die osteuropäischen Länder haben, seit ihrer Aufnahme in die EU Milliarden- Beträge erhalten, um die Wirtschaft, die Infrastruktur und das soziale Niveau sichtlich aufstücken zu können. Diese Länder stehen seit dem Rückzug des Kommunismus unter dem Schutz der Nato und gehören ihr als vollwertige Mitgliedsstaaten an.

Es wird zwar nie darüber geredet, aber alle wissen, dass Deutschland als Hauptnettozahler finanziell den wesentlichen Beitrag leistet und sich auch nachdrücklich für die Einbeziehung und Förderung der osteuropäischen Länder in die bereits bestehende Ländergemeinschaft eingesetzt hat. Aber nun weigern sich diese Staaten, Pflichten zu übernehmen. Sollte man unter diesen Umständen also die hohen Zahlungen, die durch die Um-

verteilung innerhalb der EU stattfinden, bei der Neuverhandlung in 2021 nicht wenigstens kürzen? Dies wäre weniger ein Druckmittel oder eine Vergeltungsmaßnahme als vielmehr eine Konsequenz, um eine gerechte Aufteilung von Pflichten durchzusetzen. Ansonsten ist das Bestehen einer Europäischen Union in der jetzigen Zusammensetzung aus deutscher Sicht in der Tat zu überdenken.

Ein anderes schwer zu verstehendes Handlungsmuster haben – diesmal sämtliche führenden EU-Staaten – bei der Bekämpfung des Islamischen Staates entwickelt. Erst jetzt, da in Paris eine hohe Zahl an Menschen ihr Leben durch einen erschreckenden Anschlag verloren, entschließt man sich, wirksamer gegen diese Organisation vorzugehen. Dabei sind die Gewalttaten bereits seit Jahren öffentliches Thema, und es hätten längst Schritte zu deren Bekämpfung unternommen werden können. Man muss am Ende dieses Jahres auch hier die Frage stellen, was haben wir künftig von unseren Politikerinnen und Politikern zu erwarten? Soll das peinliche Streiten, das gegenseitige Beschimpfen und das Flüchten in Ausreden fortgesetzt werden, um das eigene Zögern und die Ratlosigkeit beizubehalten?

An dieser Stelle sei an den früheren USA-Präsidenten Ronald Reagan erinnert. Anfangs von der Welt als ehemaliger Schauspieler belächelt und unterschätzt, haben doch sein klarer politischer Verstand und seine Härte zu Veränderungen geführt, die in eine neue Weltordnung mündeten, die vielen bis dahin als Diktatur bestehenden Staaten eine demokratische Gesellschaftsform ermöglichte. Diese Demokratie steht nun auf dem Spiel. Das gilt auch für Deutschland. Man kann nur an unsere Regierung appellieren, sich aus der rhetorisch fixierten Starre zu lösen und auch mal auf die Stimme bzw. die Seele des Volkes zu achten, damit weder der rechte noch der linke Rand weiter erstarken und die Unzufriedenheit und die Besorgnisse in der Mitte der Gesellschaft nicht anwachsen. Ansonsten könnten wir bald vor einem Abgrund stehen. *B. Thonn*

Im berüchtigten GPU-Keller unter Folter zu Werwölfen gemacht

Zwei Großräscher Opfer gedenken auch nach siebzig Jahren des an ihnen begangenen Unrechts

Am 24. Oktober jährte sich zum 70. Mal der Tag, an dem die beiden gebürtigen Großräscher Siegfried Dierig und Wolfgang Lehmann (heute beide 86) von der deutschen zivilen Miliz in Großräschen verhaftet und der sowjetischen Kommandantur übergeben wurden. Im berüchtigten GPU-Keller in Calau wurden von ihnen unter Folterungen Geständnisse über Werwolf-Tätigkeiten erzwungen, die sie nicht begangen hatten. Das sah dann wohl auch das sowjetische Kriegsgericht im Amtsgericht in Cottbus so, denn sie wurden nicht verurteilt, aber in das sowjetische Internierungslager Ketschendorf, heute zu Fürstenwalde gehörend, verbracht.

Noch vor Ende der Kampfhandlungen hatten die Sowjets die Bewohner der Reifenwerkssiedlung aus ihren Wohnungen verjagt und nach dem im eigenen Staat erprobten GULag-System dieses Lager eingerichtet, dem neun weitere auf

1.200 Jungen. Die jüngsten unter ihnen waren bei ihrer Verhaftung gerade im Jahr 1945 einmal zwölf Jahre. Ursprünglich war die Siedlung für 500 Personen vorgesehen. Durch die völlig unzureichende Ernährung und die katastrophalen hygienischen Verhältnisse waren die Totenzahlen so hoch, dass man sich ausrechnen konnte, wann es mit einem selbst zu Ende gehen würde. Die Toten wurden in großen Massengräben würdelos nackt verscharrt. Im Spätherbst 1946 fanden durch die sowjetischen Ärzte sogenannte medizinische Untersuchungen statt. Sie bestanden darin, dass man den Insassen in eine Pobacke kniff und daraufhin entschied, ob der Betreffende nach Sibirien in ein Zwangsarbeitslager verschleppt werden sollte oder nicht.

In der Grenzstadt Brest-Litowsk wurde der Transport gestoppt, es fand abermals eine Untersuchung statt, in deren Folge 92 Gefangene nach Deutschland zurückgeschickt wurden. Die beiden Großräscher Siegfried Dierig und Wolfgang Lehmann gehörten jedoch zu jenen 315 Ausgesuchten (etwa 3 Prozent der Lagerinsassen!), die weitergeleitet wurden. Sie erreichten am 6. März 1947 nach fünf Wochen Fahrt in geschlossenen Viehwaggons die Stadt Prokopjewsk in Mittelsibirien. Dort arbeitete Siegfried Dierig auf Baustellen oder in einem Steinkohleschacht unter Tage, Wolfgang Lehmann wurde während der weiteren Zeit durchgehend in einem Sägewerk eingesetzt.

Beide überlebten die schwere Zeit und durften im April 1950 die Heimreise antreten. Am 3. Mai wurden sie in Frankfurt/Oder als Kriegsgefangene entlassen, obwohl sie niemals Soldaten gewesen waren. In Großräschen fing für beide ein neues, jedoch keineswegs leichtes Leben an. Bis heute halten die beiden

Haftkameraden in enger Freundschaft zusammen. Vor allem Wolfgang Lehmann ist den VOS-Mitgliedern kein Unbekannter. Mehrfach hat er in der Fg über sich, sein Schicksal und das vieler anderer unschuldig Inhaftierter berichtet und somit wesentlich zur Aufarbeitung des nach dem Krieg an minderjährigen Deutschen begangenen Unrechts beigetragen. Zu seinen weiteren bemerkenswerten Initiativen gehört die Zeitzeugentätigkeit an regionalen Bildungseinrichtungen. *Wolfgang Lehmann/ Fg*

Die Aufnahme (© Willy Jockel) zeigt oben Siegfried Dierig, unten Wolfgang Lehmann nach der Rückkehr aus Sibirien im Mai 1950.

Anm.: Redakteur und Bundesvorstand danken dem Verfasser für diesen wichtigen Beitrag.

Einladung auch zum virtuellen Rundgang

Zeitzeugenmuseum von Werner Juretzko ist mit neuem Angebot auch im Internet auffindbar

Als ein besonderes Ereignis bezeichnet unser in den USA lebender Kamerad Werner Juretzko seine neueste Aktivität im Cold war museum – midwest chapter / Milwaukee. Hier geht es um die Vorstellung der Verfilmung der Geschichte der Glienicker Brücke durch Star-Regisseur Steven Spielberg und um Juretzkos Beitrag mit dem Titel: Die Nacht begann am Morgen – eine deutsche Beschreibung zum Fall der Mauer.

Bekanntlich gehört die Glienicker Brücke neben der Berliner Mauer zu den weltweit aufsehenerregendsten Schauplätzen, der während der Zeit der kommunistischen Herrschaft über Osteuropa auch in den Vereinigten Staaten hinreichend für Schlagzeilen und Interesse sorgte. Insofern war die Verfilmung über das Geschehen um dieses Bauwerkes eigentlich überfällig.

Das amerikanische cold war museum kann sich – dank der Unterstützung des in Schlesien geborenen Werner Juretzko – einer breiten Palette hinsichtlich der Aufarbeitung und Dokumentation des kommunistischen Regimes sowie des geleisteten Widerstands rühmen. Infos im Internet. *T. Haltern*



dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone folgten.

In der Hoch-Zeit der ‚Belegung‘, im Sommer 1946, waren hier mehr als 10.000 Menschen regelrecht eingepfercht, denn im sogenannten Jugendhaus, einem Achtfamiliengebäude, befanden sich mehr als

Ein Projekt, das gerade für junge Leute Sinn macht

Zehntklässler aus Memmingen erforschen das schwere Haftschicksal eines Stalinismusopfers

Inzwischen ist es mehr als 70 Jahre her, dass sich der kommunistische Terror im Ostteil Europas ausbreitete. Die Erinnerungen daran verblassen jedoch, je mehr sich die keineswegs einfachen, weil sehr bedrohlichen Verhältnisse der heutigen Zeit wie eine dicke schmutzige Schneedecke über das, was damals begann und als „Gespenst des Kommunismus“ weitere viereinhalb Jahrzehnte Angst und Schrecken in Europa verbreitete, legen. Umso dankbarer sind die Opfer der stalinistischen Diktatur, wenn sich auch junge Leute an der immer noch nicht abgeschlossenen Aufarbeitung der Verbrechen dieser Ära befassen. Denn jahrelange Haft, Folter und sogar Todesurteile, die aus politischen Gründen gegen unschuldige Menschen in der SBZ/DDR verhängt wurden, dürfen nicht vergessen oder verharmlost werden.

Ein erfreuliches Beispiel aus jüngster Zeit ist ein Aufarbeitungsprojekt von Schülerinnen und Schülern des Vöhlin-Gymnasiums im bayrischen Memmingen. Die Stadt hat eine Partnerschaft mit Eisleben, das in Sachsen-Anhalt liegt. Hier ist der Arzt Günther Nöhricke geboren, der 1946 in Eisleben wegen seiner zu offenen Kritik an der Besetzung der Sowjets durch eben diese verhaftet und von deren Militärtribunal zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Zur Last gelegt wurden ihm Waffenbesitz und die Mitgliedschaft in einer faschistischen Vereinigung. Das Geständnis, das der junge Nöhricke ablegte, wurde wie in vielen anderen Fällen – nehmen wir nur den vorigen Jahr verstorbenen Heinz Unruh – unter schwerer Folter abgepresst. Die Folter führte letztlich auch dazu, dass Nöhricke einen schweren Gehörschaden erlitt und nach seiner Entlassung und der Flucht in den Westen im medizinischen Bereich nur als Hautarzt arbeiten konnte. Mit einem Stethoskop, wie es sonst von Ärzten genutzt wird, konnte er nicht mehr arbeiten.

Günther Nöhricke brachte die ersten Jahre der Haft im Lager Sachsenhausen zu, das vormals als KZ von den Nazis betrieben wurde. Man muss – hier in der Freiheits-

glocke – eigentlich nicht erklären, was das bedeutete. Hunger, Seuchen, Kälte und Elend bestimmten den Alltag. Nöhricke, der vor der Verhaftung ein Medizinstudium aufgenommen hatte, wurde hier im medizinischen Bereich eingesetzt und führte unter Anleitung anderer inhaftierter Ärzte bereits OPs und Behandlungen – alles mit einfachen Mitteln und ohne Betäubung – aus. Nach Übergabe des Lagers von den Sowjets an die Volkspolizei im Jahr 1950 wurde Nöhricke verlegt. Er fand sich im Zuchthaus Torgau wieder und wurde schließlich nach Meusdorf ins Haftkrankenhaus versetzt, wo er weitere medizinische Arbeiten auszuführen hatte. Am 24. Mai 1954 wurde er aus der Haft entlassen. Es ist ein Jahrzehnt, das er in der erbärmlichen Haft des sozialistischen Strafvollzugs verbringen musste. Was Wunder, dass er nach dieser schweren Zeit nur den einen Gedanken hatte: zu fliehen.

Also verließ er bereits am nächsten Tag die inzwischen gegründete DDR. Sein Weg führte ihn nach Memmingen, wo er eine neue Heimat fand und von 1961 an als Hautarzt arbeitete. Seiner gedacht sollte nun – gemeinsam mit anderen ehemals politisch Inhaftierten – jedoch auch in jener Kleinstadt, die zugleich der Geburtsort des Reformators Martin Luthers ist, werden. Wie weit der Stand der Gedenkaktivitäten in Eisleben ist, war leider derzeit nicht zu erfahren. Da wäre es eine denkbare Variante, wenn man das in Memmingen begonnene Projekt auf Eisleben ausdehnt und in diesem Zusammenhang weitere Impulse schafft. Vorerst waren die im Ergebnis der Recherchen gestalteten Tafeln im Eingang des Stadtarchivs von Memmingen zu sehen. Zeigen könnte man sie freilich auch an anderen Stätten in der Stadt. Das Interesse, das nach dem Fall der Mauer sehr groß war, könnte schnell wieder belebt werden. Die Beteiligten des Projekts waren auf jeden Fall auch beeindruckt. Auch hier könnte man zumindest versu-

chen, das Thema von einem Jahr zum anderen neu zu beleben.

Ungeachtet dessen sind nicht nur die Memminger Bürger, unter ihnen die Nachfahren von Günther Nöhricke, für die von den Gymnasiasten geleistete Arbeit dankbar, sondern auch alle Opfer des Stalinismus. Es soll demnach daran erinnert sein, dass seitens der VOS ein qualitativ gut ausgearbeitetes Zeitzeugenprojekt besteht, das für weitere Schritte in Sachen Aufarbeitung zur Verfügung stünde. Nicht zuletzt ist es unsere Kameradin Christine Härtkorn, die ebenfalls in Memmingen wohnt und die dem hier genannten Projekt sichtlich Hilfestellungen gegeben hat, vor Ort. Auch sie hat ein beeindruckendes Haftschicksal bewältigt, und sie hat sich den vielen Jahrzehnten ihrer Verbandszugehörigkeit um die VOS verdient gemacht. Als Zeitzeugin wäre sie für Schulklassen mehr als empfehlenswert.



Kameradin Härtkorn hat sich dafür eingesetzt, dass über das genannte Projekt in der Memminger Zeitung berichtet wurde. Das dazu geführte Interview fand im März in ihrer Wohnung statt. Der Artikel, wurde am 23. Oktober 2015 veröffentlicht. *Tom Haltern*

Das Foto (© AR) zeigt Christine Härtkorn bei der VOS- Generalversammlung 2014 am Rednerpult. Sie nahm als Delegierte ihrer Bezirksgruppe daran teil.

Die Anforderungen an die Politik waren auch zu seiner Zeit nicht leicht

Zum Tode des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

An Helmut Schmidt, der im November 2015 im hohen Alter von 96 Jahren starb, habe ich ganz persönliche Erinnerungen. Diese fallen in das Jahr 1983, als er als Bundeskanzler bereits abgewählt und seine offizielle politische Rolle nicht mehr so groß war wie in den vorausgegangenen acht Jahren. Schmidt besuchte damals mit seiner Frau Loki das historische Wittenberg in der DDR und zog wie üblich eine Menge DDR-Bürger an. Unter diesen DDR-Bürgern waren meine Eltern, die einen Brief, in dem ein Hilfesuch für meine Freilassung aus dem Zuchthaus Brandenburg formuliert war, bei sich hatten. Den Brief übergab meine Mutter an Loki Schmidt, indem sie sich geschickt und schnell zwischen den zahlreich anwesenden Stasi-Leuten hindurchzwängte. Die Übergabe war kein leichtes Unterfangen; wenn sie missglückt wäre, hätte das schwere Folgen haben können. Da Loki Schmidt – offenbar nicht zum ersten Mal – mit einer solchen Bittstellung konfrontiert wurde, reagierte sie diskret und schnell und steckte den Brief bei einem verständnisvollen Nicken sofort ein. Die Aktion verlief somit erfolgreich. Allerdings dauerte es noch fast eineinhalb Jahre, ehe ich dann die DDR und das Zuchthaus verlassen konnte. Im Westen erkundigte ich mich später bei Helmut Schmidt, ob er sich für mich eingesetzt habe. Er bejahte es in seiner zurückhaltenden Art und gab zu verstehen, dass er den DDR-Politikern eine längere Namensliste mit politischen Häftlingen unterbreitet habe, deren Freilassung er befürwortete.

Helmut Schmidt ist für mich nicht nur wegen dieses humanitären Einsatzes, den auch andere westdeutsche Politiker wagten, einer der großen Staatsmänner Deutschlands. Es waren gleichermaßen sein politischer Verstand, sein Auftreten und seine Unbeugsamkeit, mit denen er sein Amt als Bundeskanzler ausübte. So schwer es in den Zeiten der Teilung gerade in den 1970er Jahren war, als die Welle der Sozialismus-Demagogie wie ein künstlich erzeugtes Schaumbad über die Bundesrepublik brauste. Die verführerische Verlockung der einseitigen Abrüstung betörte jene von Naivität geprägten Verfechter der westdeutschen Friedensbewegung, so dass Schmidt für sie eine Art inneres Feindbild wurde. Nach deren Auffassung machte er sich mit den USA gemein und verhinderte die Abrüstung. Selbst Prominente wie Heinrich Böll wandten sich gegen ihn. Von der anderen Seite warf ihm bei der Kanzlerwahl 1980 der Gegenkandidat Franz-Josef Strauß Laschheit und Anbiederung an die DDR vor. Unbeirrt setzte Schmidt dann als Bundeskanzler den Stationierungsbeschluss der amerikanischen Pershing-Raketen durch, und er verhinderte trotz böser Anfechtungen seitens des westlichen Deutschen Sportbundes die Teilnahme der bundesdeutschen Sportlerinnen und Sportler bei den Olympiade-Spielen 1980 in Moskau – als Antwort auf die Invasion der Sowjets in Afghanistan.

Oft genug befand sich Schmidt am Limit des Möglichen, oft genug blieb ihm bei politischen Entscheidungen oder Auftritten nur der Weg auf einem schmalen Grat, wobei vor allem die Gestaltung des Verhältnisses

zur DDR, aber auch zu den Vereinigten Staaten Fingerspitzengefühl erforderte. Zum einen ging es immer um Erleichterungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen in Ost und West, zum anderen musste die Forderung einer eigenständigen Staatsbürgerschaft der DDR konsequent zurückgewiesen werden. Eine Forderung, die übrigens nicht nur von Seiten der DDR gestellt wurde, sondern die man auch innerhalb von Schmidts eigener Partei diskutierte.

Innenpolitisch hatte Schmidt als Kanzler immer wieder schwere Zeiten durchzustehen. Nicht zuletzt fällt der Deutsche Herbst mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer in diese Ära. Bis heute wird Schmidt die Entscheidung, auf die Forderungen der Entführer nicht eingegangen zu sein und Schleyer nicht ausgelöst zu haben, angelastet. Die Frage, ob es andernfalls zu weiteren schweren Opfern gekommen wäre, bleibt unbeantwortet. Mit der Konsolidierung der Partei Die Grünen entstand in Schmidts Kanzlerzeit eine neue politische Kraft, die heute nicht wegzudenken ist, damals jedoch als hoher Unsicherheitsfaktor und SPD-Konkurrentin angesehen wurde.

Schmidt wirkte, um sich behaupten zu können, mitunter von sich selbst eingenommen. Es war seine Art, sich Respekt zu verschaffen und den böswilligen verbalen Angriffen aus verschiedenen Lagern nicht durch

Unsachlichkeit zu begegnen. Immerhin hat er – eben durch seine Härte – erheblich zur politischen Entspannung in Europa beigetragen. Gerade diese Härte, diese Unum-

gänglichkeit von notwendigen und dabei unpopulären Schritten haben die Bundesrepublik vor einem Aufweichen im sozialistischen Brei mit bewahrt. Es hat sich gezeigt, dass der Weg der Aufrechterhaltung der Teilung unter Umsetzung eines Alleinvertretungskonzepts eher zur Wiedervereinigung führen konnte als die Zweistaatenpolitik, in der die DDR dauerhaft ein eigenständiger Staat von Moskaus Gnaden werden sollte.

Schmidt ist es darum gegangen, für Deutschland und seine Bevölkerung sichere Verhältnisse zu schaffen und extreme Strömungen zu isolieren bzw. zu bekämpfen. Er hat das Land im Verbund mit den großen Partnern in einer gleichberechtigten Staatengemeinschaft platziert, in der die Mitglieder berechenbar waren und füreinander einstanden. Dass er schließlich zurücktrat bzw. gestürzt wurde, mag sicher für ihn tragisch gewesen sein, für das Land, für die Deutschen war es hingegen kein Untergang. Führungswechsel müssen keineswegs zu schlechten Ergebnissen führen. Auch Politiker haben ihre Zeit – und Politikerinnen.

Zur Trauerfeier wurden von den Politikern viele schöne und großartige Worte für den mit 96 Jahren verstorbenen Ex-Kanzler gefunden. Über seine Größe als Politiker und Mensch wurde geredet. Dass man sich ihn zum Vorbild nehmen könne, blieb jedoch eher ein Lippenbekenntnis. Mag sein, dass zu Kanzler Schmidts Zeiten die politischen Verhältnisse und Anforderungen andere als die heutigen waren, so waren sie jedoch genauso wenig einfach wie die heutigen, und keineswegs waren sie mit Routine lösbar. A. Richter

Das Zitat:

Wenn aus Bonn keine Führung zu erwarten ist, muss sie von den Bürgern kommen.

Helmut Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler

Mit der Waffe, aber ohne Ausbildung daran in den *Klassenkampf* geschickt

Das VP-Wachbataillon der DDR rekrutierte sich seine Leute mit illegalen Methoden – wie auch sonst

Die vorige Fg-Ausgabe enthielt auf Seite 9/10 einen Beitrag von Rainer Buchwald über das wahre Wesen der DDR-Volkspolizei, unter dem auch er selbst zu leiden hatte. Sozusagen aufgeschreckt durch diese Veröffentlichung meldete sich der frühere VOS-Bundesvorsitzende Ehrhard Göhl, der vor mehr als sechzig Jahren eine andere wesentliche Erfahrung mit der Volkspolizei machte und der sich mit der nachfolgend geschilderten Begebenheit vielleicht eine Aufklärung zu früheren Geschehnissen erhofft.

Im Jahr 1951 war die damalige FDJ Veranstalter der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin-Ost. Bereits im Frühjahr 1951 wurden aus den Volkseigenen DDR-Betrieben mehrere hundert FDJ-ler „zur Vorbereitung der Weltfestspiele“ nach Berlin „delegiert.“ (Das Arbeitsverhältnis in den VE-Betrieben sowie die Gehaltszahlungen bestanden fort).

Treffpunkt der Delegierten war der Konferenzsaal der FDJ-Landesleitung Berlin, in der Zetkin-Straße. (Rückseite vom FDJ-Zentralratsgebäude, Unter den Linden). Hier wurde mitgeteilt, dass alle „Delegierten“ zum Objektschutz vorgesehen seien und gemeinsam in Berlin Pankow-Niederschönhausen untergebracht würden. (Einige wenige haben daraufhin sofort die Heimreise angetreten). Die „Delegierten zur Vorbereitung der Weltfestspiele“ wurden nach Niederschönhausen in ein neues (nicht ganz fertiges) abgelegenes Barackenlager im Industriegelände verbracht. Monteure vom RFT-Anlagenbau Berlin (Rundfunk- und Fernmelde Technik) waren noch dabei, Telefone und eine Lautsprecheranlage für das Lager zu installieren. Da ich vom RFT-Fernmeldewerk (Bautzen) kam, nahm ich sofort an den Installationsarbeiten teil und übernahm diese nach Fertigstellung. Schon nach wenigen Tagen wurden alle Delegierten in die dunkelblaue Uniform der Polizei gesteckt und für den „Objektschutz“ mit Karabinern und Pistolen bewaffnet. Scharfe Munition wurde ebenfalls ausgehändigt, jedoch ohne dass vorher eine Schießübung oder etwas Ähnliches stattgefunden hätte. Keiner der hier Rekrutierten hatte jemals zuvor ei-

ne Verpflichtungs- oder Eintrittserklärung für die Volkspolizei abgegeben oder unterschrieben. (Es handelte sich schließlich um Angehörige von Betrieben).

Das Barackenlager durfte allerdings nur in Zivilkleidung, also nicht in Uniform der Volkspolizei verlassen werden. Die fragwürdige Begründung lautete: Man habe keine Ausbildung als Volkspolizist.

Als Bewachungsobjekte wurden uns u. a. das Schloss Niederschönhausen (Amtssitz des ersten DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck) sowie der Pionierpark in der Berliner Wuhlheide zugeteilt. Man erinnere sich, 1951 war an eine Mauer in Berlin noch nicht zu denken. Die Stadt war nur bedingt geteilt, man konnte nahezu ungehindert vom westlichen in den östlichen Teil kommen – und umgekehrt! Viele von der uniformierten Truppe besuchten in der Freizeit daher einfach Kinos, Geschäfte oder Kneipen in Berlin-West und brachten von dort aufreizende Frauenplakate mit, die sie in ihren Kleiderspinden anbrachten. Solche Bilder galten in der DDR als verwerflich und wurden als Feindpropaganda zur Unterwanderung der DDR-Moral angesehen.

Bei einer unverhofft anberaumten Razzia bzw. Spind-Kontrolle wurden dann bei mehreren Delegierten einige dieser *obszönen* westlichen Plakate entdeckt und „sichergestellt“. Die Frevler mussten prompt während eines Appells vor die versammelte Mannschaft treten, ihnen wurden in einem gnadenlosen Akt die Schulterstücke abgerissen, und sie selbst schickte man unverzüglich nach Hause.

Andererseits waren die Werbeoffiziere der Volkspolizei ständig in Aktion, um weitere *Delegierte* für die Volkspolizei oder die Kasernierte-Volkspolizei (KVP) zu verpflichten. Auf der Abschlusskundgebung auf dem damaligen Berliner Marx-Engels-Platz wurden große Thälmann- oder Pieck-Banner verliehen, so auch an das „Jugendwachbataillon der VP“.

Nach der Abschlusskundgebung wurde das *Jugendwachbataillon* aufgelöst. Ein Teil der Delegierten hatte sich nicht gegen die Anwerbungen wehren können und blieb bei der Volkspolizei oder ging zur

Kasernierten Volkspolizei, der Rest fuhr nach Hause in die alten Betriebe. Ich hatte von Anfang an gute Verbindungen zum RFT-Anlagenbau Berlin, und so wechselte ich meinen Arbeitsplatz von der RFT Bautzen zur RFT Berlin. Ein Dienst in Uniform – egal ob bei der Volkspolizei oder bei den Kasernierten – wäre für mich niemals in Frage gekommen.

Aus diesen geschilderten Tatsachen bzw. Erlebnissen ergeben sich verständlicherweise bis heute – nicht nur für mich – einige Fragen. Erstens: Wer hat die Genehmigung oder Anordnung erteilt, *Delegierte* (Privatpersonen) in offizielle Polizei-Uniformen zu stecken, ohne dass sie den staatlichen Polizeiangehörigen jemals angehört hatten? Zweitens: Wer hat die Bewaffnung und Ausrüstung mit scharfer Munition genehmigt und angeordnet, ohne dass diese Delegierten jemals daran ausgebildet und über die mit der Führung von Waffen verbundenen Gefahren belehrt wurden?

Diese Verfahrensweisen sind auf keinen Fall für eine Jugendorganisation ohne Wissen, Zustimmung oder Anordnung des Politbüros der SED und/ oder der Staatssicherheit zulässig gewesen. Sie hätten außerdem der schriftlich erteilten Zustimmung der auf solche Art Bewaffneten bedurft.

Beweis: Verleihung des Thälmann- oder Pieck-Banners auf der Abschlussveranstaltung am Marx-Engels-Platz an das „Jugendwachbataillon der VP“. (Hierzu existieren Filmaufnahmen des Kino-Magazins „Der Augenzeuge“).

Vermerk: Seit dem Mauerfall suche ich Schriftsätze, Belege, Beschlüsse oder sonstige Beweise über die hier geschilderten, auch in der damaligen DDR ungesetzlichen Vorgänge. Alle bisherigen Anfragen blieben über Jahrzehnte ohne Ergebnis. Wissenschaftler und Aufarbeitungsinitiativen wissen von diesen ungesetzlichen DDR-Machenschaften offenbar nichts oder interessieren sich nicht dafür. Diese Veröffentlichung ist die letzte Hoffnung um Beweise zu finden.

Ehrhard Göhl, Darmstadt

Anm.: Hinweise, wie sie Kamerad Ehrhard Göhl sucht, können jederzeit an die Bundesgeschäftsstelle der VOS gerichtet werden.

Es ist schwer begreiflich, was hier geschehen ist

In Zeitz wurde nach Protesten linker Altkader die Inschrift am Denkmal für die Opfer geändert

Als vor gut 25 Jahren die Mauer gefallen war, äußerten nicht wenige damalige DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger ungebremst in der Öffentlichkeit ihre Wut auf das sinkende SED-Schiff. Da bildete die Kreisstadt Zeitz in Sachsen-Anhalt keine Ausnahme. Auch hier gingen die aufgebrachten Menschen mit Engagement und Empörung auf die Straße, denn gerade sie hatten einen besonderen Bezug zu den Unmenschlichkeiten des Regimes. Hatte sich doch am 18. August 1976 der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz aus der Ortschaft Rippicha aus Protest gegen die Zwangsherrschaft der Staatspartei und vor allem gegen die ideologische Gleichmachung und Unterdrückung der Jugend in der DDR auf offener Straße mit Benzin übergossen und angezündet. Vier Tage später verstarb er an den Folgen seiner Brandwunden, ohne dass seine Frau und andere Angehörige noch mal zu ihm gedurft hatten.

Das „Fanal“, zu dem diese Tat für viele aufrechte Bürger wurde, fand an der Michaeliskirche statt, die sich 150 Meter vom Altmarkt entfernt befindet. Nicht weit davon stehen das Rathaus und ein Mahnmal, das zu DDR-Zeiten an die Opfer des Nationalsozialismus erinnerte und dies auch heute tun soll. Doch das war nicht immer so, denn hier sollte auch der Opfer eines anderen Zwangsregimes gedacht werden, also auch jener, die in der DDR Unrecht erlitten. So wurde 1993 die Inschrift des Denkmals geändert. Aus *Den Opfer des Nationalsozialismus* war *Den Opfer von Gewaltherrschaft* geworden, womit respektvoll an die nicht wenigen ehemaligen politischen Häftlinge des SED-Regimes erinnert werden sollte. Dies war auch im besonderen Hinblick auf die aufrührerische Tat von Oskar Brüsewitz erfolgt, zu dem die Bürgerinnen und Bürger von Zeitz einen engen Bezug hatten. Dort in Zeitz brachten die Menschen nach dem Fall der Mauer ihre Empörung über die Verzweiflung, aber auch die Bedeutung der Selbstverbrennung für den Untergang des Regimes zum Ausdruck. Und dies zu Recht, denn – was viele nie begriffen haben – dieser Pfarrer Brüsewitz war eine der

Schlüsselfiguren, die schon lange vor dem Entstehen der Bürgerbewegungen den Widerständlern in der DDR Mut machten. Jemand, der so weit ging, als Fanal seinem Leben öffentlich ein Ende zu setzen und die SED-Führung damit total zu verunsichern, hatte bewiesen, dass man gegen das Unrecht Widerstand leisten konnte und musste.

Nicht nur in der DDR war Brüsewitz zum Helden und zur Symbolfigur geworden. Auch in der Bundesrepublik wurde man nach seiner Selbstverbrennung aktiv. Ehemalige politische Häftlinge, die inzwischen in den Westen gelangt waren, gründeten gemeinsam mit demokratisch eingestellten Politikern und anderen wichtigen Personen das Brüsewitz-Zentrum, das seinen Sitz in Bad Oeynhausen in Ostwestfalen bekam und das später nach Bonn verzog. Ganz sicher hatte das Fanal des Oskar Brüsewitz großen Einfluss auf den weiteren Widerstand gegen die SED-Politik und auch auf die Haltung der bundesdeutschen Politiker. Lediglich die evangelische Kirche machte einen Bogen um ihren einstigen Prediger – woran sich unverständlicherweise bis heute nichts Wesentliches geändert hat.

Es ist daher schwer begreiflich, dass die Inschrift am Zeitzer Mahnmal bereits ein Jahr nach ihrer Neufassung wieder in das ehemalige Bekenntnis zurückverwandelt wurde. *Den Opfer des Nationalsozialismus* ist als einziges Bekenntnis seit 1994 wieder zu lesen, und dies ist nicht nur eine Diskriminierung des Widerstandes gegen die Betonideologie und die von der SED an vielen Andersdenkenden begangenen Verbrechen, voran gegenüber einem Märtyrer namens Oskar Brüsewitz. Es ist auch peinlich und niveaulos, vor allem weil die Änderung der Inschrift auf das Drängen uneinsichtiger linker Kräfte zurückzuführen war und die Politikerinnen und Politiker der Stadt Zeitz diesem Druck einfach nachgaben. Eine solche Handlungsweise

ist schlicht rückschrittlich und verantwortungslos. Wer heute die Vorteile der Demokratie für sich in Anspruch nimmt und wider die geschichtlichen Tatsachen handelt, der sollte sich im Klaren sein, dass es ohne den Mut und die Opferbereitschaft von Menschen wie Brüsewitz keinen Mauerfall und kein Ende der SED-Herrschaft gegeben hätte. Keineswegs hätten wir heute die Fünf Neuen Bundesländer, sondern wir würden uns in einer mehr denn je kommunistisch geprägten DDR befinden, und immer noch würde Moskau mit seiner eisernen Faust die DDR und die übrigen Satellitenstaaten des Ostblocks um-



klammert halten, unterdrücken und ausbeuten. Und niemand würde es wagen, über einen selbstherrlichen Präsidenten Wladimir Putin zu spotten, denn er wäre derjenige, der das ZK der Sowjets anführte.

Hat man das in Zeitz denn nicht begriffen?

Nächstes Jahr im August blicken wir auf vier Jahrzehnte zurück, als das Fanal geschah. Soll es nun wirklich so weit kommen, dass sich die einstigen Widerständler gegen das SED-Regime in Zeitz zu einer Gedenkfeier für Oskar Brüsewitz treffen und die Abgeordneten der Stadt begegnen den Opfern der SED-Diktatur und dem Ereignis von 1976 mit Ignoranz? Wäre das nicht ein Bekenntnis zur reaktionären Politik der DDR? → s. 11 oben

Einer, der das Gedenken an Brüsewitz seit Jahrzehnten mit großer Entschlossenheit hochhält, ist Dr. Oskar Schmidt. Er beteiligt sich an den Treffen und Feiern und tut sein Mögliches, um an das Fanal von 1976 zu erinnern. Über die Vorgänge in Zeitz ist unter seiner Federführung eine *Denkschrift über die Missachtung der Opfer der SED-Diktatur 25 Jahre nach der Wiedervereinigung* entstanden. Er hat dabei den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt einbezogen und an den Bundespräsidenten Joachim Gauck geschrieben, um hier Unterstützung für die Änderung der Denkmal-Inschrift oder das Anbringen einer Texttafel an anderer Stelle in der Stadt zu bekommen. Auch die BILD-Zeitung nahm sich auf sein Drängen hin der Thematik an und brachte einen umfassenden Text-Beitrag und mehrere Fotos, durch die ohne Umschweife auf das skandalöse Verhalten der Zeitzer Abgeordneten hingewiesen wird.

Wird Oskar Schmidt Erfolg haben? Für die Gedenktafel wurde in der vorgenannten *Denkschrift* ein angemessener Text (siehe umrahmter Kasten) vorgeschlagen. Tatsächlich sah es noch Anfang des Jahres so aus, als würde die Stadt Zeitz mit dieser Tafel ernst machen. Doch diese Erwartung erwies sich als Trugschluss. In einer Stellungnahme an die UOKG erfährt man

eine fadenscheinige Begründung, in der es heißt, der Altmarkt, an dem die Tafel angebracht werden sollte, habe keinen Bezug zu den DDR-Opfern. Hier habe sich keine Dienststelle des MfS, sondern das

In Zeitz und im damaligen Kreis Zeitz kamen während der DDR-Diktatur 1949 – 1989 Menschen aus politischen Gründen zu Tode, erlitten Schaden an ihrer Gesundheit, saßen unschuldig im Gefängnis, Familien wurden auseinander gerissen, zwangsweise Kinder in Heimen untergebracht oder durch Zwangsadoptionen den Eltern entrisen.

WIR GEDENKEN DER OPFER IN DER DDR-DIKTATUR von 1949 bis 1989

Stadt Zeitz, 2015

Volkspolizeikreisamt befunden. Die MfS- Kreisdienststelle sei an einem anderen Ort (innerhalb von Zeitz) gewesen. – Wie makaber, wie fadenscheinig. Und möchte man nicht hinzufügen: wie verlogen? Denn ist es nicht egal, wo das MfS seinen Sitz hatte? Es war doch so, dass es die ganze DDR beherrscht hat! Und um auch eines noch richtigzustellen: Auch die

„Volkspolizei“ war eine uniformierte staatlich agierende Ordnungsmacht, die erstens mit dem MfS kooperierte und die zweitens öffentlich auch die eigenen Bürgerinnen und Bürger auf unfeine Weise maßregelte. Kaum ein Volkspolizist, der nicht auch in der SED gewesen ist.

Man kann zum Verhalten des Zeitzer Stadtrates noch weitere fragwürdige Vorgänge und Reaktionen erfahren. Man schlage dazu im Internet die „Weißgerber Plattform Freiheit und Demokratie“ auf und melde sich bei Bedarf für das dortige Forum an.

Nächstes Jahr werden wir wissen, ob die Proteste Erfolg hatten und die Zeitzer Politiker zum Umdenken bewegen konnten. Immerhin gibt es auch heute noch genug Menschen, die Brüsewitz und sein Fanal nicht vergessen haben. Im August 2016 wird erneut die Ausstellung mit dem Titel „Das Unfassbare“, die durch den Fg-Redakteur betreut wird, gezeigt werden. Egal dass auch hier noch nicht feststeht, welcher Ort dafür in Frage kommt. Diese Ausstellung, die mittlerweile in etlichen Regionen Deutschlands und im Ausland gezeigt wurde, hat noch immer viele Interessierte angelockt, und so wird es auch künftig sein. Und allein dadurch sind die Opfer des kommunistischen Unrechts nicht vergessen. *Hugo Diederich*

Trauer um einen zuverlässigen Kameraden und guten Freund

Zum Tod von Eugen Guse



Unser Kamerad Eugen Guse ist am 23. Oktober 2015 verstorben. Wir, die Mitglieder der VOS Bezirksgruppe Ulm,

sind sehr traurig über seinen Tod.

Eugen Guse war 11 Jahre seines Lebens von den Schergen des DDR Regimes eingesperrt. Eugen war ein stets zuverlässiger und treuer Kamerad unserer Bezirksgruppe, nie haben er und seine Frau Uschi, die der VOS ebenfalls angehört, eine Versammlung versäumt.

Wir werden ihn sehr vermissen.

*Im Namen der Bezirksgruppe Ulm
Christine Härtkorn*

Gedenken an Mauer-Opfer in Griebnitzsee

Mauerfall 9. November

Wie in den letzten Jahren so hat auch diesmal am 9. November 2015 das in Potsdam ansässige Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V. in seiner traditionellen Gedenkfeier an der Mauergedenkstätte Berlin-Griebnitzsee/ Einmündung Stubenrauchstraße an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft erinnert und an das Vermächtnis der Friedlichen Revolution 1989 gemahnt.

Redner der gut besuchten Gedenkfeier waren der Vorstandsvorsitzende Manfred Kruczek sowie Michael Körner als Vertreter der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Valerie Bosse

Lügen, Widrigkeiten und „parfümierte Gedankenplatten“

Über einige Politikersprüche von gestern und heute

Wie war das noch mit all diesen „Politikerweisheiten“? Was uns die großen Kleinen von der SED einstmals vorsetzten, haben wir gründlich studiert. Weil wir es mussten und weil wir zumindest ahnen wollten, was an weiteren Lügen und Widrigkeiten auf uns zukommen würde.

Was wir heute vorgesetzt bekommen, mutet an wie die lauen Ergüsse von sichtlich überforderten „Heuristikern“. Mit Verlaub: Oft genug ist das Gesagte gerade noch angetan, um unsere kaum noch aufnahmefähigen Gedankenplatten zu parfümieren.

Andreas Kaiser, Bonn

Ich bin bewusst belogen und einfach übergangen worden!

Über den Frust, der einem als einfacher Bürger (und verlorenes SED-Opfer) infolge der Einseitigkeit eines Briefwechsels mit Ministerien und Behörden entstehen kann

Zunächst war es eine Dienstaufsichtsbeschwerde, die VOS-Kamerad Jürgen Kurt Wenzel an das Justizministerium richtete und auf die er keine Antwort bekam. Man hätte also vermuten können, besagtes Schreiben sei auf dem Weg der Instanzen verschwunden. Doch dann stellten sich bei gründlicherem Nachfragen vorsätzlich begangene Versäumnisse und eine äußerst herablassende Haltung eines Mitarbeiters im Ministerium heraus, die den Verfasser des Schreibens nicht ruhen ließen, so dass er sich am 24. August 2015 mit der Schilderung des Vorfalles, aus der nun auch ein Appell und ein Aufbegehren wurden, an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages wandte, die wir nachstehend veröffentlichen:

Mit Schreiben vom 17. 08. 2015 habe ich mich mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde an das Bundesjustizministerium – als Kopie vom 17. 08. 2015– auch an den Bundespräsidenten Gauck – gewandt.

Wie weit sich der Justizminister und sein Ministerium nach Guts-herrenmanier schon vom Souverän, dem Volk entfremdet haben und einem absolutistischen Denken – WIR haben RECHT – verhaftet sind, zeigt sich im beängstigenden Umgang mit Briefen und Eingaben aus der Bevölkerung und den Opfern und Verbänden des Totalitarismus und seinen immer noch agierenden Protagonisten. In der Bevölkerung verbreitet sich die Erkenntnis, dass die Täter politisch wie auch kriminell geschützt und die Opfer verhöhnt werden!

Das zeigt sich bei NS-Pensionen, SED-, Stasi- und weiteren Sonderrenten. Als Beispiel sei auf die Sonderbezüge der Witwe des NS-Richters Freisler verwiesen.

Meine telefonische Nachfrage Mitte dieses Jahres beim Justizministerium wegen des Verbleibs meiner Aufsichtsbeschwerde ergab, dass der Posteingang verneint wurde. Auf Anraten, nochmals dasselbe zu schreiben, habe ich eine weitere Briefsendung nebst Anlage abgeschickt. Zwischenzeitlich hat die Post aber den Eingang und die ent-

sprechende Mitarbeiterin beim Justizministerium ermittelt und bestätigt. Ich bin also bewusst belogen worden!

In der letzten Juniwoche des Jahres 2015 sagte mir ein Herr M. (...) auf Nachfrage über den Inhalt meiner Eingabe: „Solche Briefe werden weder als Eingabe bestätigt noch beantwortet, sondern gleich zu den Akten gelegt.“ Mit Akten meint er dann sicher den Papierkorb.

Auf meine Nachfrage, da ich in meinem Schreiben an den Justizminister den Begriff *Diktatur* erwähnte, sagte selbiger Herr M.: „Wir sind eine Diktatur!“ Daraufhin beendete er das Gespräch.

Ist das schon Cäsarenwahn?

Die Ungeheuerlichkeit dieser Äußerung ist mir unerträglich, zumal sich die Häufigkeit solcher Vorgänge bedrohlich mehrt, was wir als Opferverband inzwischen auch zu spüren bekommen.

Hat dies mit der viel zitierten Politikverdrossenheit zu tun? Nein, keineswegs, vielmehr wendet sich das Volk ab und hat das Vertrauen längst verloren!

Egon Bahr, bis 1944 an der Flak in Belgien, machte 2011 in einem Brief über die „Lebenslüge“ der (west-)deutschen auf den völkerrechtlichen Zustand (bis heute) Deutschlands und die sogenannten Kanzlerbriefe aufmerksam. Sein Verdienst! Da er jedoch 1985 mit dem Versuch, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen, elend am fortwirkenden Besatzungsrecht und der existierenden Feindstaatenklausel der UNO-Charta mit einer die Teilung zementierenden Sozialdemokratie scheiterte, ist es ungeheuerlich, dass mit Schreiben vom 16. Juli 2015 die Opfer von Diktatur und Vertreibung auf das schäbigste betrogen werden.

Die DDR-Mark hatte nach Arnold Vaatz bis 1989 einen realen Kaufwert von 0,14 DM. Woher kommt die Aufwertung?

Heute agiert „Die Drachenbrut“ (Zitat Wolf Biermann) des SED-Regimes, mit den SED-Milliarden mit hohen Renten und Sonderrenten versehen, geschützt durch das

Rückverfolungsverbot im Einigungsvertrag an den Schaltstellen der Macht.

Ich fordere Sie auf, im Sinne der bis zum 14. März 1991 geltenden freiheitlichen Rechtsordnung das Recht im Sinne der Opfer und Widerständler auf die Füße zu stellen. Ich fordere Sie auf, dem Treiben totalitären Denkens und Handelns mit Ihren Mitteln zu begegnen. Linke, Rechte, Antifa, political correctness, Missbrauch der Not der Flüchtlingsströme, das Treibgut des Sowjetimperialismus machen mehr als Angst.

Das ist schon Geschichte.

Ich verabschiede mich mit den Worten des früheren Berliner SPD-Bürgermeisters Ernst Reuter: „Völker der Welt ... schaut auf diese Stadt!“ Ich sage: „Völker der Welt ... schaut auf diesen Staat, in welchem die Täter zweier Diktaturen ihrer Opfer höhnen, wo die Tränen der Opfer sich mehren und ihre unschuldigen Seelen ihr Erbarmen erst in der Ewigkeit finden.“ Aber ich sage Ihnen auch mit den Worten eines alten Mannes, des alten Mannes Stéphane Hassel: „Empört euch!“

Jürgen Kurt Wenzel

Keineswegs gab sich Kamerad Wenzel mit dem Brief an den Petitionsausschuss zufrieden. Auch beim Bundespräsidenten erkundigte er sich, warum er auf ein Schreiben vom 14. Januar 2015 – dieses war nicht in der Fg veröffentlicht worden – keine Antwort bekommen hatte. Sein neuerliches Schreiben vom 24. August 2015 hatte folgenden Inhalt:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

obwohl auch Sie auf mein Schreiben vom 14. 01. 2015 nicht geantwortet haben, sende ich Ihnen eine Kopie meines Schreibens an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vom 24.08. 2015.

Weitere Ausführungen werde ich aus der Erkenntnis meiner Wichtigkeit unter den Lebenden nicht machen. Im Vertrauen auf den Einzigen und Wahrhaftigen, welchem auch Sie unterstehen, verbleibe ich Ihnen Ihr

Jürgen Kurt Wenzel

→ Seite 13 linker Kasten

Für die Literatur der Diktatur nicht geeignet

Zum Tod des aus Ostpreußen stammenden einstigen DDR-Schriftsteller Karl-Heinz Jakobs

Sein größter Erfolg, der ihn innerhalb der DDR-Grenzen berühmt machte und ihm hohe Auflagen verschaffte, war sein erster Roman „Beschreibung eines Sommers“, erschienen im Jahr des Mauerbaus 1961 und wurde schon 1962 mit Manfred Krug und Christel Bodenstein in den Hauptrollen verfilmt. Erzählt wird hierin eine Liebesgeschichte im ungewöhnlich heißen Sommer 1959 auf einer Großbaustelle, die an der Politik scheitert. Wenn man so will, kann man diesen Roman neben Brigitte Reimanns Erzählung „Ankunft im Alltag“ (1961) als erstes Buch einer eigenständigen DDR-Literatur bezeichnen, weil dort die neuen Verhältnisse grundsätzlich bejaht und zugleich kritisiert werden.

Karl-Heinz Jakobs wurde am 20.

April 1929 in Kiauken im ostpreußischen Landkreis Elchniederung geboren und noch 1945 als Flakhelfer zur Wehrmacht eingezogen. Nach der Kriegsgefangenschaft übte er die verschiedensten Berufe aus und wurde 1956 von der Baustelle des Kraftwerks Trattendorf bei Spremberg zum Studium am Leipziger Literaturinstitut delegiert. Seit 1958 arbeitete Karl-Heinz Jakobs als freier Schriftsteller.

Nachdem er im Herbst 1976 gegen die Ausbürgerung des „Liedermachers“ Wolf Biermann protestiert hatte, wurde er aus der SED ausgeschlossen und 1979 auch aus dem DDR-Schriftstellerverband, weil er es gewagt hatte, während einer Westreise im Düsseldorfer Haus des Deutschen Ostens, dem heutigen Gerhart-Hauptmann-Haus, ohne Erlaubnis der DDR-Behörden aufzutreten. Er wurde 1981 ausgebürgert und lebte seitdem in Velbert/Rheinland, wo er noch drei Romane schrieb und am 4. November dieses Jahres verstorben ist.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist aber auch sein 1983 veröffentlichter Roman „Das endlose Jahr“, weil er hier ein Thema aufgegriffen hat, das von DDR-Autoren eher gemieden wurde: die mangelnde Aufarbeitung des Stalinismus im SED-Staat, dessen markantester Vertreter Walter Ulbricht (1893 bis 1973) war. Eines Tages nämlich hatte der damals in Falkensee bei Berlin wohnende Karl-Heinz Jakobs Post aus Dresden bekommen, von der ihm unbekanntem Altkommunistin Dorothea Garai (1899 bis 1982), die zwei Jahrzehnte in sibirischen Arbeitslagern und in der Verbannung verbracht hatte und 1955 nach Dresden ausreisen durfte. Niemand im SED-Staat wollte die Geschichte ihrer gnadenlosen Verfolgung hören, bis sie den ostpreußischen Autor Jacobs traf, der Sibirien bereist hatte. Er wusste, wie fast alle DDR-Leute damals, nichts vom Stalinismus, die Partei, die SED, hatte dieses Thema bis zum Untergang 1989 mit voller Absicht unerörtert gelassen, um die eigenen Machtpositionen nicht zu gefährden.

Ungläubig hörte er zu, was sie zu berichten hatte und ließ sich mehrere Tonbänder besprechen, die er

mit ins Rheinland nahm. Mit diesen Aufzeichnungen schrieb er noch ein zweites Buch über das Schicksal Dorothea Garais „Leben und Sterben der Rubina“ (1999).

Jörg Bernhard Bilke

Eine Weihnachtsfeier mit Promis und vielen wichtigen Facetten

Wie in jedem Jahr fand – nach rechtzeitiger Ankündigung in der Fg – auch in diesem Jahr am 5. Dezember eine herausragende Weihnachtsfeier bzw. Versammlung der VOS Bezirksgruppe Chemnitz im Ratskeller in Chemnitz statt. Auch diesmal ließen es sich viele Kameradinnen und Kameraden unserer stärksten Bezirksgruppe nicht nehmen, an der Veranstaltung teilzunehmen, zumal sich auch hochrangige Vertreter des Landes angesagt hatten. So waren zwei Landtagsabgeordnete, ein Abgeordneter der Stadt sowie der Beauftragte für die Unterlagen des MfS Lutz Rathenow als hohe politische Vertreter gekommen. Seitens des Verbandes erschienen der Landesvorsitzende Frank Nemetz und der Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich, die jeweils mit ihren Redebeiträgen eine Bilanz des Jahres 2015 zogen und auch einen Ausblick auf 2016 gaben. Durch die anwesende SPD-Landtagsabgeordneten erhielten die VOS-Mitglieder aktuelle Informationen über den Stand der weiteren Entwicklung einer Gedenkstätte im ehemaligen Gefängnis Kassberg. Die Information war umso authentischer, da die Abgeordnete selbst seit Jahren in den Prozess der Errichtung dieser Gedenkstätte involviert ist.

Einen äußerst informativen Beitrag lieferte Gastgeber Holker Thierfeld, indem er anhand eines sehr gelungenen DIA-Vortrages die Geschichte der VOS Chemnitz in Bild und Text sowie die geleistete umfangreiche Arbeit, womit hauptsächlich die organisierten Veranstaltungen der Gruppe im Jahr 2015 gemeint waren, vorstellte.

Unverzichtbar war das Gedenken an die Toten, insbesondere an die jüngst verstorbenen Wolfgang Loos und Karl Poller, die bereits in der Fg gewürdigt wurden. Fg/VB

Von Seite 12:

Mit Schreiben vom 27. August 2015 stellte sich für Jürgen Kurt Wenzel nach all seinen Bemühungen erstmals ein minimaler Erfolg ein. Es war die Antwort des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages: die Eingangsbestätigung seines Briefes vom 24. August 2015.

Zur Person: Jürgen Kurt Wenzel ist ein gestandenes VOS-Mitglied und einer, der mit seiner politischen Meinung nicht hinterm Berg hält. Er hat in der DDR mehrere Haftstrafen verbüßt und vor der Inhaftierung Schlimmes erlebt. Mehrfach hat er in der Fg Beiträge veröffentlicht, die gute Resonanz fanden. Er lebt mit seiner Familie in Norddeutschland.

Zu seinen aktuellen Aktivitäten gehört auch eine Strafanzeige gegen ein hochrangiges Mitglied der Partei *Die Linke* bei der Hamburger Staatsanwaltschaft. Neben der hier aufgeführten Losung „Empört euch“ beruft er sich auch auf die bekannt gewordene Erkenntnis der verstorbenen DDR-Malerin Bärbel Bohley: „Wir dachten, wir bekommen Recht, doch wir bekamen den Rechtsstaat!“ Bärbel Bohley, so sein Fazit, „ist daran zerbrochen.“

Aberkennung der Stasi-Diplome: Ich bitte um eure Unterschrift

Peter Heubach zieht zurück nach Thüringen, aber er kämpft hier weiter gegen den Alt-Stalinismus

Mehrfach schon berichteten wir in der Fg über die Entschlossenheit des Neu-Rostocker Kameraden Peter Heubach, der sich vehement dafür einsetzt, dass akademische Titel, die an den Stasi- Hochschulen der DDR erworben wurden, für ungültig erklärt werden. Dazu benötigt er die Unterstützung möglichst vieler VOS-Mitglieder.

☒ Liebe Kameradinnen und Kameraden, am 27. Juni 2015 verabschiedete die Mitgliederversammlung der UOKG – auf Antrag unseres Verbandes – eine Resolution, die sich auf meine Petition an den Deutschen Bundestag beruft. In der Petition fordere ich die Aberkennung der akademischen Grade des MfS, die an der ehemaligen Hochschule des MfS in Potsdam verliehen wurden. Von den Zersetzungsmaßnahmen des MfS wurden wir, die Opfer des Stalinismus, ganz gleich auf welche Weise, systematisch geschädigt, zerstört und letztlich auch inhaftiert.

Die Diplom- und Fachschularbeiten dieser Einrichtung haben bis heute Bestand. Ihre Inhalte beginnen beim Missbrauch von Kindern- und Jugendlichen für Inoffizielle Stasi-Mitarbeit, und sie reichen bis zur jahrelangen Inhaftierung von Menschen, die eine andere Einstellung und Meinung zum damals "real- existierenden Sozialismus" (Stalinismus) des ehemaligen SED-Staates, der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten hatten.

Meine Petition habe ich Ende 2014 um die Forderung nach Aberkennung von Hochschulabschlüssen der ehemaligen Hochschule der Grenztruppen in Suhl erweitert. Wie das Grenzsystem organisiert war, habe ich von meiner Geburt im Jahre 1963 bis zur Grenzöffnung 1989 in unmittelbarer Nähe meiner Heimatstadt Sonneberg erlebt. Im Gegensatz dazu wurden Berufsabschlüsse der ehemaligen DDR, die ehrlich von Menschen erworben wurden, aberkannt. Das kann und darf nicht wahr sein! Ich bitte daher euch alle zwischen Rügen und Bodensee, zwischen Oder und Rhein um Unterstützung meiner Petition: Ich bitte um eure Unterschrift auf dem hier abgedruckten Formular. Sendet diese dann bitte an die Bundesgeschäftsstelle der VOS, damit wir sie dem Bundestagspräsidenten übergeben können. Achtung: Jede Stimme zählt!

Von 28. Januar bis zum 30. Januar 2016 findet die Geschichtsmesse der Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl statt. Auch an dieser Veranstaltung werde ich die Teilnehmer um ihre Unterstützung und Unterschrift bitten.

In diesem Zusammenhang möchte ich euch informieren, dass ich auf Grund fehlender Unterstützung durch den Landesverband der SPD in Mecklenburg- Vorpommern und des SPD-Ortsverein Rostock-Nord meine aktive Mitarbeit in der VOS mit Wirkung vom 1. Januar 2016 ebenso wie die in der SPD in mein Heimatbundesland Thüringen verlegt habe.

Besonders nach meinem psychischen Rückschlag im Oktober 2014, der mich an Zeiten der DDR erinnert hat, wo ich, nachdem ich bei den Stalinisten in Ungnade gefallen war, trotz Zusicherungen der Unterstützung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages der SPD in M-V im Stich gelassen wurde, habe ich meine Entscheidung diesbezüglich getroffen.

Ein weiterer Punkt sind die Äußerungen des Landesvorsitzenden der SPD und Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering, die DDR wäre kein Unrechtsstaat gewesen. Mit dieser Äußerung bin ich NICHT einverstanden. Mehrmals habe ich versucht, Herrn Sellering zu einem Kontakt zu den Opferverbänden in Mecklenburg-Vorpommern zu bewegen. Leider ohne Erfolg.

Das hätte sicherlich zur Entzerrung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD Mecklenburg-Vorpommern und den Opferverbänden geführt.

Ich musste daraus meine Konsequenzen ziehen.

In meinem Heimatlandesverband der SPD Thüringen werde ich mich aktiv in den neu gebildeten Arbeitskreis Geschichte einbringen und werde offen meine Meinung über die Linkspartei in Thüringen darlegen. Meine Erfahrungen mit dem stalinistischen System werden dabei allen zugutekommen. Ich möchte unbedingt verhindern, dass die SPD in Thüringen zum Handlanger irgendwelcher Altstalinisten wird.

*Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Peter Heubach*

Bitte das Formular ausfüllen und zur Bundesgeschäftsstelle der VOS senden. Danke!

FORDERUNG FÜR DIE ABERKENNUNG DER AKADEMISCHEN GRADE DER JURISTISCHEN HOCHSCHULE DES MFS POTSDAM UND DER HOCHSCHULE DER GRENZTRUPPEN SUHL

Nachfolgend unterstützen die Unterzeichner eine Petition für die Aberkennung der akademische Grade des MfS und der Hochschule der Grenztruppen des Kameraden Peter Heubach und die beschlossene Resolution vom 28.Juni 2015 der Mitgliederversammlung des Dachverband der Opferverbände, Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG):

Name _____

Anschrift _____

Unterschrift _____

Falsche Partei und falscher Ehemann

Ein spannender Zeitzeugentag im Münsterland

Viel wurde in der Fg schon über die Aktivitäten des Zeitzeugenprojekts in NRW berichtet, dessen Initiatoren Detlef v. Dechend und Herbert Kühn etwa zwanzig ehemalige politische Häftlinge um sich scharten und das mit Dr. Frank Hoffmann von der Uni Bochum einen kompetenten Betreuer hat. Wichtig an diesem Projekt ist, dass es auch an Bildungseinrichtungen außerhalb von Großstädten agiert. So war am 20. Oktober das Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg im münsterländischen Coesfeld Gastgeber für zwei Großveranstaltungen, die anlässlich der Ausstellung „DDR - Mythos und Wirklichkeit“ in Form von Podiumsdiskussionen von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurden. Bei beiden Veranstaltungen war eine gute Beteiligung zu verzeichnen, was nicht zuletzt auf die perfekte Vorbereitung seitens der KAS und natürlich der Schule zurückzuführen war. Mehr als einhundertfünfzig Besucher füllten sowohl am Nachmittag wie am Abend die Reihen, und das gesamte Projekt stand unter der Schirmherrschaft des Landtagsabgeordneten Werner Jostmeier, der es sich nicht nehmen ließ, in seiner Begleitrede sowohl über Persönliches wie auch über aktuell Politisches zu sprechen. Ebenso trugen Christoph Bors von der KAS wie die Rektorin der Schule und der Projektleiter durch einführende Beiträge zum Gelingen der Foren bei.

Als Zeitzeugen waren die aus dem Ruhrgebiet stammende VOS-Kameradin Sigrid Richter und der Fg-Redakteur Alexander Richter, eingeladen. Beide haben seit Bestehen des Zeitzeugenprojekts schon eine Reihe von Veranstaltungen bestritten, dennoch entdeckt man bei jedem neuen Termin auch immer weitere Facetten und Aspekte in ihren Schilderungen. Ungeachtet dessen sind dann die grundlegenden Erfahrungen beider

Zeitzeugen in den Schilderungen unabdingbar, zumal das Publikum von den persönlichen Erfahrungen eben doch kaum etwas wissen kann. So ist es immer wieder erstaunlich zu hören, dass Sigrid Richter durch ihren Beitritt in die Blockpartei DDR-CDU als Studentin den Unmut der Kommilitonen und der Hochschulverwaltung hervorrief. Die SED-Getreuen fassten das als Affront gegen die Staatspartei auf, in der man sie lieber gesehen hätte. Den nächsten Affront löste sie mit der Wahl ihres Ehegatten aus, dessen Vater republikflüchtig gewesen war. Damit bahnte sich ein längerer, aber unaufhaltsamer Weg zum Ausreiseantrag an, der schließlich zur Verhaftung und zu einem Urteil von viereinhalb Jahren Haft führte. Wie viele ihrer SchicksalsgefährtInnen wurde Sigrid Richter (Foto: © KAS) nach Hoheneck gebracht, wo sie es keineswegs leicht hatte.

Alexander Richter blickt auf ein Urteil von sechs Jahren zurück, das ihm nach fast einem Jahr U-Haft und mehreren Verhandlungstagen beim Potsdamer Bezirksgericht verkündet wurde. Richter war wegen eines umfangreichen staatsfeindlichen Manuskripts, das er über mehrere Jahre seitenweise in Briefen in den Westen geschickt hatte, verurteilt worden. Von 1977 bis 1982 wurde er von der Stasi

verfolgt und verunsichert. Konspirative Hausdurchsuchungen, eine abgehörte Wohnung, eine von der Stasi beauftragte Freundin und mehrere IM waren Teil des Systems. Seine Verhaftung hatte er schon lange erwartet, dennoch traf sie ihn dann überraschend.

Die Ausstellung wurde in der Kreisstadt Coesfeld bis zum 5. November gezeigt. Wünschenswert wäre, dass die Adenauer-Stiftung in dieser bewährten Weise weiter verfährt und die Tafeln an anderer Stelle ebenfalls gezeigt und durch Zeitzeugenvorträge bereichert werden. Und dies hat einen einfachen Grund: weil es wichtig ist und weil das Interesse – was an diesem Tag deutlich festzustellen war – trotz aller wesentlichen politischen Tages-themen vor allem bei jungen Menschen weiterhin groß ist und groß bleiben wird.

Valerie Bosse

Weitere Infos: www.kas.de

www.facebook.com,

<http://www.kas.de/westfalen/>



Wir trauern um

Heinz Steuernagel Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Holger Streicher Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Dr. Heinz Schädlich Bezirksgruppe Dresden-Land

Gerhard Beins Bezirksgruppe München

Hans Demmler Bezirksgruppe Stuttgart

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes
Gedenken bewahren**

Die innere Einheit erneut erringen

Bundespräsident Joachim Gauck antwortet auf einen Brief von Karl-Heinz Genath

☒ Der Bundespräsident hat am 25. Jahrestag der Deutschen Einheit das große Geschenk der deutschen Einheit gewürdigt und aufgerufen, die innere Einheit erneut zu erringen. Ich bedaure, dass Sie in dieser Rede einen Hinweis auf den Beitrag der politischen Häftlinge in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zur Wiedervereinigung Deutschlands vermisst haben. Mit Recht erinnern Sie an die äußerst schweren Haftbedingungen in den Speziallagern und Haftanstalten, die Orte vielfachen Tods und Leids waren, das Sie selbst so schmerzhaft erfahren haben. Leider ist aber auch wahr, dass bei einer solchen Feier nicht jeder wesentliche Akteur gewürdigt werden kann. Immerhin hat der Bundespräsident bereits am 9. Oktober 2014 in seiner Rede beim Festakt „25 Jahre Friedliche Revolution“ in Leipzig die Gelegenheit genutzt, die Repressalien der Machthaber in der DDR beim Namen zu nennen, darunter die Verweigerung von Grundrechten, die das Land beherrschende Willkür und Gefängnisstrafen etwa für Wehrdienstverweigerer.

Wie Sie vielleicht wissen, hat der Bundespräsident zudem im Mai 2014 das ehemalige Lager Buchenwald besucht und dabei auch der Opfer des sowjetischen Speziallagers gedacht. Insgesamt stimme ich Ihnen zu, dass Häftlinge wie Sie zur Wiedervereinigung beigetragen haben, nämlich indem auch das ihnen widerfahrene Unrecht und Leid für die Delegitimierung der DDR stand.

Haben Sie nochmals Dank für Ihre Zeilen.

Dr. Christoph Scholten, Leiter Referat 10

Anm. d. Red.: In einem früheren Brief wurde durch den Bundespräsidenten angemerkt, dass er es unpassend finde, wenn Schreiben, die an ihn persönlich gerichtet seien, veröffentlicht würden. Letzteres geschieht bekanntlich in der Fg recht häufig. Hierzu ist festzustellen, dass mit den Veröffentlichungen in der Fg keine diskriminierenden oder verletzenden Absichten verbunden sind. Dem Redakteur geht es lediglich um eine möglichst umfassende Information aller Betroffenen innerhalb der VOS. In den in der Fg veröffentlichten Schreiben werden ausnahmslos Themen behandelt, die nahezu alle Leserinnen und Leser betreffen und die ein berechtigtes Interesse an den Inhalten haben. Vielfach ist die Leserschaft in der Altersgruppe 90 plus. Daher ist das Schreiben von Briefen für die jeweilige Person oft selbst nicht mehr möglich. Die Veröffentlichung von Briefen der vorgenannten Art in unserer Monatszeitschrift erfolgt somit mit dem Ziel einer breiten Information vor allem der hohen Altersgruppen und hat nichts mit Indiskretion oder Bloßstellung von Politikerinnen und Politikern zu tun.

Dafür bitten wir um Verständnis. *A. Richter*

Das Foto (© AR) zeigt Joachim Gauck bei der Veranstaltung am 14. Oktober 2014 in Leipzig. Zu dem Festakt waren auch mehrere Mitglieder der VOS eingeladen.



VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben.

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Nummer 759/760 erscheint im Febr. 2016 als Doppelausgabe

Redaktionsschluss der FG **757/8**: 20. November 2015